

Berner Gemeindewahlen 1992: Eine Arbeitsgruppe der rot-grünen Parteien legt ihren Schlussbericht vor

# Rot-grünes Bern: Wegweiser ist gerichtet

Seit Wochen suchen die rot-grünen Parteien gemeinsam nach einem Weg, wie in der Stadt Bern im kommenden Wahljahr die bürgerliche Gemeinderatsmehrheit, der «Vierer-mit», geknackt werden kann. Eine Arbeitsgruppe rechnet ihnen jetzt vor, dass die Chancen für einen Machtwechsel gut stehen. Allerdings nur dann, wenn es dem nicht-bürgerlichen Lager gelingt, seine Kräfte «zu bündeln».

«Wir sind überzeugt, dass eine Mitte-links-Liste für die Gemeinderatswahlen 1992 möglich und auch erfolgreich ist, wenn alle Parteien ihre partikularen Interessen diesem gemeinsamen Ziel unterordnen.» Zu diesem Schluss kommt eine Arbeitsgruppe, die, von den rot-grünen Parteien beauftragt, der Frage nachging, wie die Stadt Bern im nächsten Jahr erfolgreich zu einer anderen Gemeinderatsmehrheit kommt. In ihrem Schlussbericht empfiehlt die Gruppe den Parteien nun, sich auf eine Fünfer-Liste «mit den drei Bisherigen und je einem oder einer Neuen aus LdU/EVP einerseits, GP und GB andererseits» zu einigen. «Mindestens eine der Neuen müsste eine Frau sein», schlägt sie weiter vor. «Eine so gestaltete Liste wäre breit abgestützt und könnte das Mitte-links-Wählerpotential bestmöglich ausschöpfen.» Unter diesen Voraussetzungen «dürfte aufgrund der Wahlergebnisse der letzten Jahre der Gewinn des vierten Sitzes als wahrscheinlich gelten.»

## Die richtigen Personen nominieren

Viel Fleisch am Knochen hat der jetzt den rot-grünen Parteien und Gruppierungen zum Nagen vorgelegte Bericht. Die Auslegung, die der Journalist Heinz Däpp, die Juristin Claudia Kaufmann (Madame Egalité des Bundes) und der Politologe Werner Seitz nach mehreren Sitzungen und Einzelgesprächen mit acht Parteien und Gruppierungen präsentierten, zeigt, dass der Diskussionsprozess jetzt eigentlich erst beginnt. Dabei wird es weniger um die Frage gehen, ob die gemeinsame Gemeinderatsliste vier, fünf oder allenfalls sieben Namen enthalten soll. Wichtiger dürfte sein, welche Parteien welche Personen ins Rennen schicken. Die SP, das ist seit längerem bekannt, möchte neben ihren bisherigen Gemeinderäten Klaus Baumgartner und Alfred Neukomm mit einer Frau eine dritte Kandidatur stellen. Gegen diese Absicht opponiert vor allem die Gruppe Junges Bern/Freje Liste. Sie will einer gemeinsamen Lösung nur zustimmen, wenn der



In der Stadt Bern steht die Chance für eine rot-grüne Gemeinderatsmehrheit gut. Jetzt muss sie von den nicht-bürgerlichen Kräften nur noch genutzt werden. Foto: bt.

Sitz ihrer Gemeinderätin Joy Matter nicht gefährdet wird. JB/FL-Co-Präsident Peter von Gunten sagt der Tagwacht darum klar: «Die einzig mögliche Lösung ist, dass die SP nur mit zwei Leuten antritt.» Auch die Grüne Partei Bern (GPB) will keiner Lösung zustimmen, die den Sitz von Joy Matter gefährdet, wie Luzius Theiler bestätigt. Auch das Grüne Bündnis akzeptiert eine dritte SP-Kandidatur nicht.

Hans Stucki, Präsident der SP Bern-Stadt, macht eine andere Rechnung. Die SP liefere, falls die gemeinsame Liste 51 Prozent der Stimmen mache, mit ihrem Stimmenanteil von rund 26 Prozent die Hälfte der Stimmen. Wer also fordere, die SP dürfe nur zwei Leute stellen, müsse seine eigene Stimmenzahl in die Waagschale werfen. Und, rechnet Stucki weiter: «Nach Strübis Rechnungsbüchlein ist die Hälfte von 7 mehr als 2». Der SP-Präsident sieht andere Probleme, die den Einigungsprozess gefährden könnten. Er glaubt, dass die Parteien EVP und LdU Mühe bekunden dürften, links-grüne Kandidatinnen oder Kandidaten der Grünen Partei oder des Grünen Bündnis zu akzeptieren. Und umgekehrt.

## Die Wählerschaft mobilisieren

Dass sich der Landesring und die EVP schwer tun, ihrer Wählerschaft eine Kandidatin oder einen Kandidaten «mit Linksaussen-Profil» zu vermitteln, gibt auch die Arbeitsgruppe in ihrem Bericht zu bedenken. Eric Münch, Co-Präsident des Berner Landesrings, spricht sich aber «persönlich», wie der Berner Tagwacht erklärt - klar für eine gemeinsame Liste aus. «Wir können nicht auf beiden Seiten hinken, es braucht eine klare Position.» Allerdings seien (noch) nicht alle Landesring-Mitglieder zu diesem Schritt bereit. Auch die EVP hat noch keinen Entscheid über ihre allfällige Beteiligung am nicht-bürgerlichen Projekt gefällt. Die Partei schätze aber, dass sie zu den Gesprächen und Diskussionen der rot-grünen Gruppen eingeladen sei, sagt Ruedi Löffel. Vor allem die Gruppe Junges Bern/Freje Liste hofft, dass sich beide Parteien, der LdU wie die EVP, am gemeinsamen Projekt beteiligen werden. «Wir möchten eine grosse Koalition mit LdU/EVP auf der einen und den Grün-Alternativen auf der anderen Seite», erklärt Peter von Gunten. Auf diese Lösung setzt auch die Arbeitsgruppe: «Wichtig scheint uns die

Teilnahme von LdU/EVP an der gemeinsamen Liste, damit die Wählerschaft links von der Mitte verstärkt angesprochen werden kann.» Der SP empfiehlt sie, auf eine dritte Kandidatur zu verzichten, weil sonst («unsere Konsultationen lassen diesen Schluss zu») das gemeinsame Projekt gefährdet sei: LdU/EVP und die links-grünen Parteien würden «zu Wasserträgern» degradiert, «was sich auf deren Wählerschaft demobilisierend auswirken müsste». Die Arbeitsgruppe kommt den Befürchtungen aus den Kreisen von LdU/EVP entgegen und erwartet von der Grünen Partei und dem Grünen Bündnis, dass diese nur Kandidaturen vorschlagen, «die bei den Partnern in der Wahlallianz nicht einen Abschreckungseffekt auslösen, sondern im ganzen Mitte-links-Spektrum akzeptiert sind».

## Sich auf eine Plattform einigen

Zum Pièce de résistance der kommenden Diskussionen wird, neben den Namen, die gemeinsame Wahlplattform. Ein Entwurf der SP liegt den Parteien seit dem letzten Sommer vor. Trotz gemeinsamen Sitzungen sind die Parteien in der Beratung noch nicht viel weiter gekommen. Das ärgert vor allem Hans Stucki, der

darauf drängt, dass sich die Partner auf eine gemeinsame Plattform einigen. «Die gemeinsame Liste muss den Wählerinnen und Wählern Kontinuität garantieren können», fordert Stucki. Die Bevölkerung habe dem Gemeinderat in den letzten Jahren Aufträge erteilt, die noch nicht ausgeführt seien. Als Beispiele nennt Stucki die angenommenen Initiativen «Stopp den Autopendlern» und «Bärn zum Läbe» sowie die Abstimmung über die Reitschule. Ebenfalls müsse die nicht-bürgerliche Regierungsliste klar zu erkennen geben, dass sie die finanzpolitische Demontage der Stadt nicht mittragen werde. «Wir müssen den Leuten aber auch vorrechnen, dass eine andere Finanzpolitik etwas kosten wird.» Luzius Theiler wünscht sich als Resultat der Diskussionen eine Plattform, unter die auch die bisherigen rot-grünen GemeinderätInnen ihre Unterschrift setzen: «Die Plattform soll nicht nur Theorie sein, sondern in der Praxis auch angewandt werden.» Peter Sigerist vom Grünen Bündnis schränkt mit Blick auf die Stadt Zürich ein, dass ein Mitmachen bei diesem Projekt für ihn kein «Blankoscheck für immer» bedeute. «In Zürich wäre ich heute wahrscheinlich in der Opposition, wenn ich die Politik der Stadtratsmehrheit sehe», orakelt er.

## Die Kräfte bündeln

Die Probleme liegen also auf dem Tisch, konkrete Vorschläge der Arbeitsgruppe auch. Die SP signalisiert bereits Verhandlungsbereitschaft: «Wenn sich alle Parteien auf eine gemeinsame Liste und eine Plattform einigen, wird die SP diese Lösung sicher nicht blockieren», verrät Hans Stucki der Tagwacht. Optimistisch gibt sich auch Peter von Gunten, der in der bisherigen Zusammenarbeit gar «Aufbruchstimmung» festgestellt hat. Jetzt müssen sich die Parteien und Gruppen noch zu Herzen nehmen, dass sie quasi zum gemeinsamen Handeln verdammt sind, wollen sie ihr ehrgeiziges Ziel, in der Stadt Bern die Regierungsmehrheit zu erlangen, auch erreichen. Die Arbeitsgruppe Däpp, Kaufmann, Seitz schreibt ihnen dies unmissverständlich hinter die Ohren: «Die Proporzwahl ohne die Möglichkeit der Listenverbindung zwingt dazu, die Kräfte zu bündeln», schreiben sie im Schlussbericht. «Wenn es gelingt, eine gemeinsame, breit abgestützte nicht-bürgerliche Wahlliste zustande zu bringen, stehen die Chancen gut, vier Sitze zu gewinnen. Bei zwei oder mehr Listen scheint uns dieses Ziel unerreichbar.» Peter Eichenberger

BT-Samstagskolumne: Peter Zuber, Arzt

## Teure Bananen

Immer wieder werde ich mit Mord an mir, an meiner Frau, meinen Kindern, meinen Tieren, mit Brand- oder Bombenanschlag auf mein Wohnhaus oder meine Praxis bedroht, telefonisch oder schriftlich: anonym. Dies, weil ich mich öffentlich exponiert habe, um abgewiesene Asylsuchende in Härtefällen vor Rückschaffung zu bewahren.

In diesem Jahr sind in der Schweiz 15mal mehr Anschläge auf Asylsuchende oder ihre Unterkünfte verübt worden als im Jahr zuvor; in Deutschland 20mal mehr. Bedroht von Mord und Brandanschlägen, kann ich seit Jahren leben (bedrückend wird es, wenn meine Angehörigen in die Programme einbezogen werden). Und die gegen mich angestrebten Gerichtsverfahren berühren mich innerlich wenig.

Was mich am meisten bedrückt, ist meine Hilflosigkeit, mit der ich eine Entwicklung verfolgen muss, die ich als grauenerregend, barbarisch, zutiefst unwürdig empfinde: Gerade einfache Arbeiterinnen und Arbeiter und gerade ein Teil der wirtschaftlich bedrohten Mitbürgerinnen und Mitbürger, jene also, die sich zu Recht um ihre soziale und wirtschaftliche Zukunft Sorgen machen, sind leider oft auch jene, die ich in langen Gesprächen (mit viel Zuhören) nur mühsam davon überzeugen kann, dass nicht der Fremde, der Asylsuchende, der Flüchtling ihr Feind ist, dass sie sich überlegen mögen, vielleicht eher die kapitalistischen Strukturen einer Weltwirtschaftsordnung ins Visier zu nehmen, einer Ordnung, durch welche hier die Armen mit Almosen vertröstet und dort, in der 3. Welt, ins Elend ausgebeutet werden. Es ist doch klar, dass der sogenannte



Peter Zuber

«Wirtschaftsflüchtling» aus der 3. Welt, aus den sogenannten Entwicklungsländern, nichts anderes tut, als sein Geld in die Schweiz zu begleiten, das Geld in den Tresoren der Banken, die Fluggelder, die Waffengelder, kurz grosse Gelder, zu denen der sie begleitende Flüchtling natürlich keinen Zugriff hat. Indessen wird dem abhängigen Lohnempfänger hier weise gemacht, der Flüchtling aus der 3. Welt konkurrenzieren ihn im Kampf ums Überleben. Ich bin sehr dankbar, hier erwähnen zu dürfen, dass gerade abhängige Lohnempfänger, Arbeiter, engagierte Sozialistinnen und Sozialisten das fühlbare Gegengewicht gegen die zunehmende Fremdenfeindlichkeit in ihren Kreisen sind.

Dankbar stelle ich auch die Hilfe durch sozial engagierte Christinnen und Chri-

sten fest. Wer lehrt mich, jene Sprache zu reden, welche von jenen Menschen verstanden wird, die sich aus ihrer Not heraus, aus ihren Ängsten an der falschen Front gegen den vermeintlichen Feind oder Konkurrenten, gegen den Ausländer wehren?

Ich möchte hier nicht das Asylgesetz kritisieren, gestatte mir allerdings die Bemerkung, dass das Prinzip des Non-Refoulement zu wenig beachtet wird. Aber die Behörden, welche unter der Rubrik «Asylverfahren» eine bisher kaum formulierte migrationspolitische Praxis zu bewältigen haben, sind auch nicht zu beneiden.

Eine effiziente Migrationspolitik würde sicher etwas mehr kosten als der schon beträchtliche Aufwand für die asylpolitische Praxis des BFF. Ich muss leider zugeben, dass der Aufwand zur Neutralisierung des Elendes, das Arme zu Flüchtlingen macht, vielleicht bis zu einem Drittel unseres Volkseinkommens kosten würde. Es ist einfach zu verstehen, dass der Arbeitnehmer in der 3. Welt seine Heimat nicht mehr verlassen muss, wenn er für sein Produkt gebührend entlohnt wird. (Bananen, Kaffee, Tee und vieles mehr wären dann hier eben 10mal teurer). Ich meine natürlich nicht, dass nun jede und jeder hier einen Drittel seines Einkommens abgeben müsste. Ich würde eher vorschlagen, dass die 10 Prozent reichsten Schweizerbürger je 80 und die 10 Prozent ärmsten Schweizerbürger 1 Prozent opfert. Ich hoffe auf das versöhnliche Gespräch unter allen vom Problem Betroffenen; wir müssen das Problem entschärfen, sonst werden wir seine leidenden Opfer.

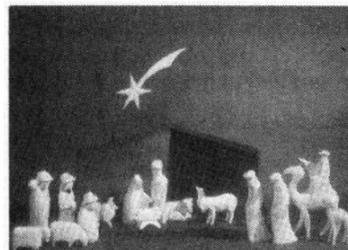
Inserat

## Der Weihnachtsmann überrascht mit...



### HEIMATWERK

Kramgasse 61  
3011 Bern



Wir führen Krippenfiguren aus vier verschiedenen Schnitzlerwerkstätten.

Jede Figur ist einzeln erhältlich.

So können Sie Jahr für Jahr Ihre Krippe ergänzen.

Ein Weihnachtsgeschenk für die ganze Familie.